

BASis Info 10/2018

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas



23.11.2018

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

300 Mitglieder der SPD Duisburg haben letzte Woche in der Rheinhausenhalle begonnen, unser Programm für die Kommunalwahl 2020 zu erarbeiten. In 10 Themenforen brachten die Mitglieder Ideen ein. Es gab viele interessante Vorschläge, aus denen wir unseren neuen Duisburg-Plan entwickeln.

Die SPD lebt. Wer in der Rheinhausenhalle war, der hat das deutlich gesehen. Und auch am Wochenende zuvor war das zu spüren: Bei unserem Debattencamp in Berlin haben 3.400 Menschen über die Zukunft der SPD diskutiert. Die Menschen wollen mitgestalten. Laden wir sie dazu ein, dann machen sie auch mit.

Einen wichtigen Impuls hat dieses Wochenende auch Andrea Nahles gesetzt. In der FAZ hat sie Eckpunkte einer Sozialstaatsreform beschrieben. Ja, wir müssen in der Sozialpolitik umdenken: Viele Menschen empfinden den Sozialstaat nicht mehr als Hilfe sondern als Drohung. Sie haben Angst, dass sie viel zu schnell nur noch Grundsicherung bekommen, wenn im Leben mal was schief läuft. Sie

haben Angst vor gesellschaftlichem Abstieg. Und sie fürchten sich vor einer anonymen Bürokratie und vor Sanktionen.

Das ist nicht das, was ich unter einem Sozialstaat verstehe.

Wir haben diese Woche im Bundestag den Haushalt für 2019 verabschiedet. In den letzten Jahren sind die Ausgaben für die Sozialpolitik deutlich gestiegen. Auch dieses Jahr haben wir zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt.

Mit diesem Geld setzen wir zum Beispiel den Sozialen Arbeitsmarkt um. Damit schaffen wir für Menschen, die lange arbeitslos sind, eine neue Perspektive.

Das ist notwendig: Der Sozialstaat muss denjenigen, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, eine neue Chance geben. Er muss diese Menschen unterstützen. Dazu brauchen wir mehr Angebote, die müssen wir schaffen. Der Soziale Arbeitsmarkt ist ein solches Angebot.

Wir müssen aber auch verhindern, das überhaupt so viele Menschen auf Grundsicherung angewiesen sind.

Auch das ist für mich Sozialpolitik.

Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen müssen mehr Netto in der Tasche haben. Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen können dazu genauso beitragen wie Steuergutschriften oder ein weiter steigender Mindestlohn. Ein besseres Wohngeld kann Menschen vor steigenden Mieten schützen. Und mit einer eigenständigen Kindergrundsicherung können Kinder aus der Sozialhilfe geholt werden.

Das sind wichtige Ansätze, die müssen wir weiterentwickeln.

Die SPD ist der Ort, an dem wir über solche Ideen diskutieren und streiten können. Ich bin froh, dass meine Partei gerade ernsthaft die Frage angeht, was kann und muss der Sozialstaat leisten.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas

Stichwort: Mehr Personal in der Pflege

Bei meinen Praxistagen in Krankenhäusern und Pflegeheimen in Duisburg erfahre ich immer wieder, unter welchen Belastungen die Pflegerinnen und Pfleger arbeiten. Immer wieder wird klar: Es fehlt schlicht an Personal.

Dabei gibt es kaum einen Bereich, in dem sich die Menschlichkeit einer Gesellschaft so ablesen lässt, wie in der Pflege - ob im Krankenhaus oder in der Altenpflege. Deswegen müssen wir alles dafür tun, das sich gut bezahlte Pflegekräfte unter optimalen Bedingungen um pflegebedürftige Menschen kümmern können.

Am 8. November haben wir darum das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt für mehr Personal und damit für bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege. In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden zusätzliche Pflegestellen finanziert. Tarifierhöhungen werden voll finanziert und es gibt Anreize für mehr Ausbildungsplätze.

Sofort: 13.000 Stellen

Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz schaffen wir für die Pflege 13.000 neue Stellen in der Altenpflege. Das sind je nach Größe der Einrichtung bis zu zwei Stellen zusätzlich. Einrichtungen können diese entweder durch Neuanstellungen oder durch Aufstockung vorhandener

Teilzeitstellen besetzen. So wird die Personalsituation in den Heimen spürbar verbessert. Dieses Mehr an Pflegefachkräften wird durch die Krankenversicherung finanziert. Die Bewohnerinnen und Bewohner in den Heimen werden nicht zusätzlich finanziell belastet.

Nicht an der Pflege sparen

Die Kosten für Pflegekräfte werden bisher mit den Fallpauschalen bezahlt. Weniger Pflegepersonal führt zu höheren Gewinnen für die Krankenhäuser. Das ändern wir. Diese Kosten werden künftig den Krankenhäusern eins zu eins erstattet. Somit kann nicht mehr an den Personalkosten gespart werden.

Jede zusätzliche Pflegekraft und alle Tarifsteigerungen für Pflegekräfte sollen zukünftig voll von den Krankenkassen übernommen werden. Zudem wird von 2020 an erstmals in Kliniken ein Pflegepersonal-

quotient ermittelt, der das Verhältnis der Pflegekräfte zum Pflegeaufwand beschreibt. Damit wird eine Mindestpersonalausstattung in der Pflege erreicht.

Konzertierte Aktion

Das nun beschlossene Pflegepersonal-Stärkungsgesetz ist ein Sofortprogramm für Pflege. Mit ganz konkreten Maßnahmen, die schnell umsetzbar sind, verbessern wir die Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Ich hatte ja bereits hier über die Konzertierte Aktion Pflege berichtet. Wir müssen über die jetzt beschlossenen Maßnahmen hinaus den Beruf der Pflege attraktiver machen.

Dazu brauchen wir gute Arbeitsbedingungen in der Pflege. Gute Bezahlung und verbindliche Tarifverträge sind uns als SPD dabei besonders wichtig.



Vorlesetag

Mit Krimikurzgeschichten war ich am bundesweiten Vorlesetag an der Heinrich-Heine Gesamtschule. Ich selbst komme zwar nicht oft zum Lesen, freue mich dann umso mehr, wenn ich beim Lesen in andere Welten abtauchen kann.

Besonderen Spaß hat mir und auch den Schülerinnen und Schülern die Geschichte vom entführten Dackel aus dem Buch „Die Krimizimmer“

gemacht. Wir konnten miträtseln und haben am Ende den Fall gemeinsam gelöst.

Uns hat das Lesen Spaß gemacht. Und genau das soll an diesem Tag auch vermittelt werden.



Sozialer Arbeitsmarkt

Unser Einsatz hat sich gelohnt. Die SPD hat vieles durchgesetzt, was auch bei unserer Fraktion-vor-Ort Veranstaltung diskutiert wurde. Besonders wichtig: Der Lohnkostenzuschuss wird sich am Tariflohn orientieren. Gerade für Duisburg ist dies wichtig, damit der Soziale Arbeitsmarkt ein Erfolg wird.

Erreicht haben wir auch, dass nun Menschen teilnehmen können, die sechs Jahre Leistungen nach SGB II bezogen haben. Vorgesehen waren hier ursprünglich sieben Jahre. Menschen in Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen können nach fünf Jahren gefördert werden.

Diese Woche haben wir mit dem Bundeshaushalt die notwendigen Mittel für den Sozialen Arbeitsmarkt beschlossen. Für das Jobcenter Duisburg bedeutet dies eine Mittelerrhöhung um 7.187.310

Euro. Damit kann der Soziale Arbeitsmarkt auch in Duisburg starten. Das ist ein positives Signal für die Duisburgerinnen und Duisburger, die schon lange arbeitslos sind.



„Sozialer Arbeitsmarkt: Wir waren erfolgreich. Lohnzuschüsse gibt es nach Tariflohn.“

Bärbel Bas 

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++ 15.10.-19.10.: Sitzungswoche des Bundestages +++

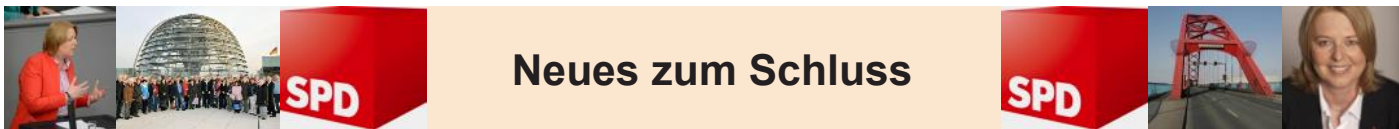
der SPD Friemersheim mit Jubilarehrung +++

kunft. Infos dazu: <https://bit.ly/2qZDL1h> +++

+++ 2.12.: Weihnachtsfeier und Mitgliederversammlung

+++ Fraktion vor Ort mit Hubertus Heil zur Arbeit der Zu-

Weitere aktuelle Termine: +++www.baerbelbas.de.+++



Neues zum Schluss

Neue Mitarbeiter in meinem Berliner Büro

Manuel Reiß und Ruth Wucherpfenning-Krömer haben mein Büro zum 1. November verlassen. Manuel Reiß arbeitet nun für die NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, Ruth Wucherpfenning-Krömer hat den Bundestag verlassen und ist zur BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH gewechselt. Ich wünsche beiden viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben.

Mein neuer Büroleiter in Berlin ist Martin Deschauer. Er ist Ansprechpartner für alles, vor allem für meine Terminkoordination in Berlin, Bürgeranfragen sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Martin Deschauer hat viel Erfahrung und arbeitet seit 1994 für Bundestagsabgeordnete.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter ist Phillip Käs insbesondere für die Themen der Gesundheitspolitik zuständig. Phillip Käs hat zuvor schon bei Martina Stamm-Fibich zur Gesundheitspolitik gearbeitet und ergänzt jetzt mein Team.



Martin Deschauer



Phillip Käs

Mein Tagebuch

Viele Schulklassen aus Duisburg besuchen den Bundestag. Ich freue mich über dieses große Interesse am Bundestag und meiner Arbeit. Ich diskutiere gerne mit den Schülerinnen und Schülern. Oft ist dafür in Berlin aber wenig Zeit. Ich nehme mir deshalb die Zeit, in Duisburg noch mal in

die Klassen zu kommen - mit genügend Zeit alle Fragen zu beantworten.

Letzte Woche war ich in der Gustav-Heinemann-Realschule. Es war eine sehr lebhafte Diskussion. Ich habe im Anschluss ein Gruppenfoto auf Instagram veröffentlicht.

Den Rest des Tages habe ich dann damit verbracht, auf dem Foto Schülerinnen und Schüler zu markieren. Danke für Eure vielen Rückmeldungen, es hat mir viel Freude gemacht.

Schmunzeln musste ich, als ich die Tage in der Zeitung las, die Union muss Neumitglieder enttäuschen: Immer wieder rufen Menschen im Konrad-Adenauer-Haus an und wollen Mitglied werden, um den Vorsitzenden zu wählen. Der wird aber von den Delegierten des Parteitag gewählt. Tja.

Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf!



Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: <https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden: <https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>